



Universität Potsdam

Lars Normann

Der islamistische Dschihad in Pakistan

Geopolitische Aspekte
eines multikausalen Konfliktes

Lars Normann

Der islamistische Dschihad in Pakistan

Geopolitische Aspekte eines multikausalen Konfliktes

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2009

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

Universitätsverlag Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Tel. +49 (0)331 977 4623, Fax -4625

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Die Schriftenreihe **WeltTrends Papiere**

wird herausgegeben von Azadeh Zamirirad, M.A., Universität Potsdam,
im Auftrag von WeltTrends e.V.

Band 10 (2009)

Lars Normann: Der islamistische Dschihad in Pakistan

Satz: Martin Anselm Meyerhoff

Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam

Produktionsleiter: Kai Kleinwächter

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Nutzungsrechte liegen bei WeltTrends e.V.

Vereinsvorsitzender: Prof. Dr. Lutz Kleinwächter

E-Mail: verein@welttrends.de

ISSN 1864-0656

ISBN 978-940793-82-9

Ab Juli 2010 parallel online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der
Universität Potsdam

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2009/3240/>

URN <urn:nbn:de:kobv:517-opus-32402>

[<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-32402>]

Inhalt

I.	Problemstellung	4
II.	Theoretischer Hintergrund: Geopolitik	6
III.	Geopolitische Krisenstruktur Pakistans	7
IV.	Innenpolitische Faktoren	9
V.	Akteure: Parteien, Militär und religiöse Gruppen	11
VI.	Fazit	23
	Säkularisierung der staatlichen Institutionen	24
	Bekämpfung des „tiefen Staates“	25
	Beendigung der Stellvertreterkriege mit Afghanistan und Indien	25
	Innenpolitik	26
	Externe Faktoren	26
	Literatur und Internet	27

Dr. phil. Lars Normann, geb. 1972, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Rechtswissenschaften an der FU Hagen, Promotion an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn zu politischem Extremismus. Forschungsschwerpunkte: Parteienforschung, Extremismus- und Totalitarismusforschung, Sicherheitspolitik und Terrorismusforschung, Politische Theorie- und Ideengeschichte.

E-Mail: Lars.Normann@web.de

I. Problemstellung

Auf die Tatsache, dass sich in Pakistan die maßgebliche Quelle des seit 2001 weltweit bekämpften islamistischen Terrorismus befindet, hat der ehemalige Militärberichterstatte Peter Scholl-Latour schon seit langem hingewiesen. Inzwischen hat diese Information die tagespolitische Agenda erreicht. Nicht mehr nur das „Land am Hindukusch“, sondern auch der islamische Staat, der von der 9-Millionen-Stadt Karatschi im Süden bis zum Karakorum-Gebirge im Norden Kaschmirs reicht, ist in diesem Zusammenhang in den medialen Fokus gerückt. Dafür verantwortlich ist nicht nur die Ausweitung der bis dato noch innerafghanischen ISAF/ OEF¹-Kampfzone in das südlich gelegene pakistanische Belutschistan bis zu den nordöstlichen, sich halbmondförmig erstreckenden Nordwestgrenzprovinzen nach Indien hin, sondern auch die spektakulären Anschläge in Afghanistan, Indien und Pakistan selbst, die maßgeblich von pakistanischen Taliban-Islamisten verübt worden sein sollen.

Schlüsselregionen des pakistanischen Taliban- und al-Qaida-Terrorismus und von besonderer Bedeutung für den ISAF-Einsatz in Afghanistan sind die (inzwischen halb-)autonom verwalteten Stammesgebiete (*Federally Administered Tribal Areas*, F.A.T.A) von Wasiristan bis Bajaur und die Nordwestgrenzprovinzen. Zum einen bilden diese gebirgigen Räume schwer zu kontrollierende Rückzugsmöglichkeiten der mit Gewalt auch gegen die indigene Bevölkerung vorgehenden Taliban. Zum anderen bestehen mit fundamentalistischen Koranschulen in den Nordwestprovinzen unterstützende Institutionen für die ausländischen, mehrheitlich aus Usbekistan stammenden Islamisten, die auch in Süd-Wasiristan Aktivitäten entfalten.

In der täglichen Berichterstattung über diese Region wird der interessierte Medienrezipient hierzu mit einem größeren, komplexen Geflecht von diversen, zum Teil auch staatlichen, Akteuren des In- und Auslands konfrontiert, was eine eindeutige Zurechnung der Gewaltquelle erschwert und die tatsächliche Gesamtsituation vernebelt. In der Tat lassen sich bei genauerer Fokussierung nicht nur mannigfaltige Konfliktlinien auf der

1 Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe/ „Operation Enduring Freedom“.

innenpolitischen Agenda Pakistans beobachten, sondern auch erhebliche außenpolitische Interessenüberschneidungen festmachen, die zusammengenommen das Land nachhaltig vor existenzielle Herausforderungen stellen.

Der folgende Beitrag fragt nach den (geopolitischen) Interessen der verschiedenen Akteure, um die bisherige Politik der mannigfachen Kräfte realpolitisch auszuleuchten, das bereits angesprochene Akteursgeflecht zu entwirren und nachvollziehbarer zu machen, die Krisenherde in Pakistan darzustellen und einige zukünftige (Lösungs-)Szenarien zu entwickeln. Im Zentrum steht die Fragestellung, warum das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet als Wurzel des islamistischen Terrors gilt. Um den pakistanischen Islamismus zu ergründen, reicht eine konzentrierte Untersuchung der autonomen Stammesgebiete nicht aus. Die komplexen Zusammenhänge lassen sich nur durch eine vernetzte Beleuchtung größerer Räume verdeutlichen. Einführend wird in einer ersten Annäherung der Schlüsselbegriff der Geopolitik dargestellt, um anschließend eine geostrategische Analyse zur Landesstruktur vorzulegen. Danach erfolgt die Vorstellung der verschiedenen Akteursnetzwerke, die in Pakistan ursächlich für die Etablierung des islamistischen Terrors sind. In einem für die pakistanische Zukunft skeptischen Fazit werden die vielgestaltige Gesamtsituation zusammenfassend gewürdigt und einige Lösungsmöglichkeiten für die herausgearbeiteten Hauptkonfliktlinien vorgeschlagen, um die geostrategisch problematische Mittellage Pakistans zu stabilisieren und der tatsächlichen oder vermeintlichen „Einkreisungstaktik“ der Nachbarländer wirksam zu begegnen.

II. Theoretischer Hintergrund: Geopolitik

Geopolitisches Denken ist in seiner Quintessenz daran interessiert, durch Grenzziehungen heterogene Räume nach subjektiven und objektiven Kriterien zu strukturieren. Geopolitik stellt damit ein Analysehilfsmittel für die Geschichts- und Politikwissenschaft dar. Die Hauptaufgabe der Geopolitik besteht darin, nach heuristischem Verfahren geographische und politische Strukturen zu erhellen. Der Begriff, der ursprünglich von dem schwedischen Staatswissenschaftler Rudolf Kjellén (1869-1922) geprägt wurde, galt seit dem Ende des „Dritten Reiches“ als verbrannt. Das Gegenkonzept der „Politischen Geographie“ konnte sich jedoch nie durchsetzen. Seit der Epochenzäsur von 1989/ 90 besteht wieder ein gesteigertes Interesse die nachfolgend entstandenen multiplen Konflikttherde mit diesem polysemantisch verwendeten Begriff zu beleuchten.

Beziehen sich die (neo-)realistischen Theoriebestände von Henry Kissinger, Zbigniew Brzezinski und Kenneth Waltz mehrheitlich auf die Kausalität zwischen der schicksalhaften Herstellung einer geographischen Lage und einem als Raumorganismus bezeichneten Staat, macht sich die „Kritische Geopolitik“ für die Berücksichtigung der jeweiligen sozialen Attribute des gesellschaftlichen Handelns stark. Dabei unterstellt dieser Ansatz der realistischen Denkrichtung, diese würde lediglich die geographischen Lagen als endgültige Wahrheiten auffassen und objektive Determinanten vernachlässigen. Jedoch ist der realistische Ansatz ohne eine Synthese aus Geographie und Politik gar nicht zu denken. In Wirklichkeit existieren zwischen den Denkrichtungen vielfältige Grautöne, und jeder einzelne Konflikt besteht aus einer Gemengelage von Variablen, die jeweils zu berücksichtigen sind. Bilanzierend lassen sich geopolitische Einordnungen nach der Gewichtung ihrer subjektiven und objektiven Variablen bestimmen. Werden in einer (Konflikt-)Analyse mehrheitlich soziale Indikatoren berücksichtigt, handelt es sich um ein neueres „postmodernes“ Verständnis von Geopolitik. Werden überwiegend geostrategische, interessengeleitete (Raumordnungs-)Indikatoren für die Konfliktuntersuchung herangezogen, so handelt es sich tendenziell um eine realistische Geopolitikanalyse.

III. Geopolitische Krisenstruktur Pakistans

Will man Pakistan aufgrund der flächendeckend zu beobachtenden Gewalt nicht als einen einzigen großen Konflikttherd ansprechen, bietet es sich an, zunächst die wesentlichen Hauptregionen militanter, terroristischer Gewalt herauszustellen. So lassen sich nicht nur die einzelnen Regionen Pakistans erschließen, sondern gleichzeitig die geopolitischen Lagen und die dort agierenden Akteure herausdestillieren.

Das mehrheitlich von sunnitischen Muslimen bewohnte, religiös sehr homogene Staatsgebiet Pakistans lässt sich über seine bevölkerungsspezifischen Provinzen in vier Territorien gliedern, die sich landesgeschichtlich bedingt nicht immer an den heute vorzufindenden Staatsgrenzen orientieren. Als prägnante Beispiele hierfür gelten die mehrheitlich von Paschunen bewohnten Stammesgebiete und die Nordwestgrenzprovinzen an der afghanischen Grenze im Westen und Kaschmir an der Ostgrenze Pakistans zu Indien. Diese beiden Räume stellen miteinander vernetzte Konfliktfelder dar, die noch später ausführlich beleuchtet werden. Eng mit der westlichen Konfliktsituation verknüpft ist das ebenfalls im Südwesten befindliche Gebiet der Belutschen, welches nicht nur an das afghanische Grenzgebiet reicht, sondern auch eine gemeinsame Grenze mit dem Iran besitzt. In der Provinz Belutschistan, die reich an Bodenschätzen ist, kämpfen unterschiedliche Aufständische für mehr Autonomie und einen größeren Anteil an den Gewinnen aus der Öl- und Gasförderung. Die vermehrt schiitischen Bevölkerungsgruppen im Norden (*Northern Areas*) und im Süden, rund um Karatschi, bilden jeweils eigene Brennpunkte. In diesen Regionen, geht es, neben den auch in allen anderen Regionen vorzufindenden Dschihad-Konflikten, um Machtfragen (Wasser-/ Landrechte) zwischen Schiiten und Sunniten. Einzige Kernprovinzen südlich der Hauptstadt Islamabad, die mehrheitlich von Pandschabi (*Punjab*) und Sindhi (*Sindh*) bewohnt werden, bilden im Vergleich zu den zuvor genannten Krisenregionen relativ stabile Räume. Die bevölkerungsreichste Provinz *Punjab* und das sich südlich anschließende *Sindh* sichern durch ihre starken säkularen Kräfte maßgeblich die Existenz

Pakistans. Allein dieser Provinzen wegen spielen die von den Medien zumeist überschätzten islamistischen Kräfte, zumindest im demokratischen Willensbildungsprozess Pakistans praktisch keine Rolle. Weiterhin wehren diese beiden Kernprovinzen bislang erfolgreich eine flächendeckende „Talibanisierung“ ganz Pakistans ab.

Das nominell 1947, faktisch erst mit der Unabhängigkeitserklärung von Bangladesch 1971, unabhängige Pakistan (ehemals Britisch-Indien) ist offiziell eine im *Commonwealth* befindliche, parlamentarisch-demokratische Präsidialrepublik. De facto konnten sich aber die vier Kernprinzipien des pakistanischen Staates: 1. islamischer Charakter der Verfassung, 2. die föderale Struktur des Staates, 3. das parlamentarische System und 4. die Unabhängigkeit der Justiz in der Staatsgeschichte nie nach westlichen Demokratiemaßstäben in der politischen Kultur gleichrangig entfalten und offen fortentwickeln. Als hierfür verantwortlich können neben den vier wegen Kaschmir geführten Kriegen mit Indien (1947, 1965, 1990 und 1999) die strukturellen Probleme eines dekolonisierten Kunststaates und die Einflussinteressen des Auslands benannt werden. Diese wirken sich tendenziell negativ auf die innenpolitische Gesamtsituation Pakistans aus, die im Folgenden lediglich aufzählend skizziert werden kann.

IV. Innenpolitische Faktoren

Der neunjährige Machtkampf (1999-2008) zwischen dem Militärherrscher Pervez Musharraf und den (demokratischen) Institutionen des Landes, der maßgeblich vom Regierungssitz in Islamabad auf das Land ausstrahlte, ist als innenpolitische Konfliktlinie symptomatisch für die gesamte Geschichte des jungen Staates. Diese Periode war wiederholt gekennzeichnet von Korruptionsvorwürfen gegen Oppositionspolitiker, Massendemonstrationen/ Generalstreiks (zuletzt aus Solidarität mit den unter Hausarrest gestellten Richtern und im Zusammenhang mit der Absetzung des oppositionellen Obersten Richters Iftikhar Chaudhry), Wahlboykottaktionen, Ermordungen von oppositionellen Politikern (Benazir Bhutto als prominentestes Beispiel), Ämterhäufung als Präsident und Militärführer, Oppositionspolitikern im ausländischen Exil, präsidialen Verfassungsänderungen und Referenden zum Machterhalt des Präsidenten, politisch/religiös motivierten Anschlägen, Aufständen (zuletzt: „Rote Moschee“) und Ausnahmezuständen (Finanzkrisen), die das Land in existenzielle Schwierigkeiten versetzten und die Abhängigkeiten zum Ausland verstärkten. Die staatliche Strukturkrise ist damit multikausal und besitzt neben internen auch externe Faktoren.

Maßgeblich für das politische Scheitern des mächtigen Präsidenten war die Gratwanderung zwischen der Generierung sowohl innenpolitischer Stabilität und dem Versuch, einen Ausgleich zwischen den heterogenen, tendenziell islamistischen Kräften in den Randprovinzen zu schaffen. Zusätzlich negativ wirkten sich nicht nur die Abhängigkeiten und Bündnisverpflichtungen gegenüber den USA, der Weltbankgruppe und anderen westlichen Staaten aus (exportorientierte Textil-, Land- [Reis] und Energiewirtschaft [Gas/Öl]), sondern auch die starke Stellung des aufgeblähten politischen Militärapparates, samt seines Geheimdienstes, die zusammengekommen de facto einen „Staat im Staate“ bilden. Der Rückblick in die Geschichte Pakistans zeigt, dass Militärregierungen für Pakistan als traditionell² zu bezeichnen sind und diese seit 40 Jahren von dem externen Faktor USA profitieren. Im Verlauf der vier Militärdiktaturen betrieb General Mohammed Zia ul-Haq die systematischste Islamisierung des Landes. Auf der anderen Seiten wurde

2 Phasen der direkten und indirekten Militärherrschaft in Pakistan: 1958–1971, 1977–1988, 1999–2008.

Pakistan durch das Engagement der USA in eine Abhängigkeitsspirale gezogen, denn die USA unterstütz(t)en Pakistan nicht nur finanziell durch Fördergelder, sondern auch mit militärischer Ausrüstung und elektronischen, geheimdienstlichen Überwachungssystemen für unterschiedliche staatliche Institutionen.

Diese mehrheitlich innenpolitischen Konfliktlinien führten Pakistan in der Vergangenheit immer wieder an den Rand von Bürgerkriegssituationen und finanziellen Existenzschwierigkeiten. Destabilisierend wirkt sich weiterhin die schlechte soziale Situation der Bevölkerung auf die politische Situation aus: 168 Millionen Einwohner leben unterhalb der Armutsgrenze, die Analphabetenrate liegt bei 43,92 Prozent, ein Krankenhausbett steht für 2.179 Menschen zur Verfügung, ein Arzt kommt auf 7.670 Einwohner, und aufgrund der permanenten Unterernährung breiter Bevölkerungsschichten sinkt sogar die Durchschnittsgröße der Pakistaner.

Diese strukturellen Probleme wurden der neuen Zivilregierung von Präsident Asif Ali Zardari und Ministerpräsident Jusuf Raza Gilani im Jahr 2008 in die Wiege gelegt. Bei Zardari handelt es sich um den verwitweten Ehemann der aus einer renommierten pakistanischen Familiendynastie aus der Provinz *Sindh* stammenden Benazir Bhutto. Zardari, dessen Sohn bislang wegen seines Studiums nicht wie vorgesehen seine Mutter beerben konnte, nutzt den berühmten Namen seiner Frau immer noch werbewirksam bei öffentlichen Auftritten. Als erste Amtshandlung ordnete die neue Regierung zunächst die Freilassung aller Richter an. Ob sie es schaffen kann, den „tiefen Staat“³ von Militär und Geheimdienst zu bändigen, muss sich erst noch zeigen. Erste Schritte in Richtung auf eine Demokratisierung des Militärapparates wurden beschrritten. Die Bewältigung der skizzierten innenpolitischen Faktoren erfordert langfristige und nachhaltige Politikstrategien, die weit über eine Legislaturperiode hinaus angelegt werden müssen.

- 3 Der Begriff „tiefer Staat“ stammt aus der Türkei und beschreibt ein kemalistisches Akteursnetzwerk (Energekon), das als ein selbsternannter national-kemalistischer „Wächterrat“ in Opposition zu der islamisch-konservativen Regierung agiert und sich maßgeblich aus nationalistischen Militärs, Polizei, Geheimdienstlern, Akademikern, Publizisten und Politikern rekrutiert. In Pakistan spricht man auch von „strategischer Tiefe“ (Ahmed Eqbal). Dieser Begriff bezieht sich auch geopolitisch auf die Bedeutung Afghanistans und Kaschmirs als Pufferraum für Pakistan, um der tatsächlichen oder vermeintlichen Einkreisungsstrategie Afghanistans und Indiens zu begegnen.

V. Akteure: Parteien, Militär und religiöse Gruppen

Wie man an der Parteihistorie der „Bhutto-Partei“, der *Pakistan Peoples Party* (PPP), beispielhaft zeigen kann, werden pakistanische Parteien überwiegend von Persönlichkeiten dominiert und sind häufig auf deren Familienclans zugeschnitten. Es herrscht ein tendenziell undemokratischer Nepotismus vor, der die jeweiligen Familiendynastien bei der Auswahl ihrer Spitzenpolitiker bevorzugt. Die Berücksichtigung von Clanstrukturen findet sich ebenfalls in den islamistischen Parteien, die ihre Macht maßgeblich in den Krisenregionen ausüben. Neben weiteren kleineren Juniorpartnern haben sich im Jahr 2002 besonders die *Jamaat-e-Islami* (JI) und die *Jamiat Ulema-e-Islam* (JUI), die beide eine flächendeckende Durchsetzung der Scharia fordern, im Kontext der Proteste gegen die amerikanische Afghanistan-Invasion und deren Unterstützung durch Pakistan zu einem Wahlbündnis mit dem Namen *Muttahida Madschlis-e-Amal* (MMA) zusammengeschlossen. Dieses Wahlbündnis gilt als geistiger Vater der Taliban-Bewegung und ist besonders in den Basis- und Rückzugsräumen der ärmsten und rückständigsten Gebiete der F.A.T.A., Belutschistan und dem von Koranschulen (*Madrassa/ Madaris*) durchsetzten Gebiet der Nordwestgrenzprovinzen aktiv. Es wird geschätzt, dass insgesamt 50-80.000 unterschiedliche Koranschulen in Pakistan existieren. Diese Schulen dienen nicht immer nur der religiösen Ausbildung, sondern erfüllen auch eine Rekrutierungsfunktion für die Taliban. Häufig stellen ihre Anwesen auch Ausbildungs- und Rückzugsräume für ausländische, z.B. usbekische, Taliban bzw. arabische al-Qaida zur Verfügung. Mit Stacheldraht und mit schweren Waffen ausgerüstetem Wachpersonal gleichen sie eher bewehrten Festungen oder militärischen Trainingslagern als religiösen Ausbildungsstätten. Gleichwohl darf die Rolle von Koranschulen für die Dschihadbewegung nicht überbewertet werden. In den staatlichen Schulen lassen sich ebenso Lehr- und Ausstattungsmängel beobachten. Daher sind die instabilen Regierungen sogar auf die soziale Arbeit der skizzierten Bewegungen angewiesen, die sich eben auch auf dem Bildungs- und Gesundheitssektor engagieren. Diese widersprüchlichen Faktoren machen es den Regierungen doppelt schwer, eine klare Grenze zu den doppelgesichtigen Gruppierungen zu ziehen.

Die mehrheitlich von streng religiösen Paschtunen unterstützte MMA fährt eine legalistische Taktik: Sie distanziert sich von Gewaltanwendung, teilt jedoch viele Ziele der Taliban und verurteilt fast reflexhaft jedes gewaltsame Vorgehen staatlicher Kräfte gegen islamistische Gruppierungen. Sie unterhält weiterhin eine Arbeitsallianz mit dem tendenziell paschtunenlastigen Militär und dem aus diesem entstandenen Militärgeheimdienst *Inter-Services-Intelligence* (ISI). Eine weitere legalistische islamistische Gruppierung, die in der täglichen Berichterstattung zu Pakistan im Westen keine Rolle spielt, ist die *Tablighi Jamaat* (TJ). Es handelt sich hierbei um eine zurzeit sehr populäre Gruppe, der sich Menschen quer durch alle gesellschaftlichen Schichten anschließen und die damit über einen großen Einfluss in Pakistan verfügt. Besonders die beliebten Cricket- und Musikstars verliehen dieser Glaubensgemeinschaft, gerade für jüngere Pakistani, einen Kultstatus. Die TJ betont zwar, strikt ohne Gewalt ihre Glaubensrichtung zu leben, aber ihre Missionslager mit ihren Dogmen, Zeremonien und Ritualen können und werden bereits als Rekrutierungsinstitutionen von bewaffneten Dschihadisten genutzt. Berücksichtigt man, dass Pakistans Bevölkerung im Durchschnitt keine dreißig Jahre alt ist, könnte sich in den gerade bei jungen Menschen populären Gruppierungen wie der TJ der pakistanische „Jungmännerzorn“ als Folge des *youth bulge*⁴ sammeln und das Land in Zukunft weiter destabilisieren.

Von besonderem geostrategischem Interesse ist die miteinander abgestimmte Agitation des von US-Regierungsberater Bruce Riedel so benannten „Terrorsyndikats“, bestehend aus der pakistanischen radikal-militanten Taliban-Bewegung, der arabischen Bin-Laden-Organisation al-Qaida und der schwerpunktmäßig in Kaschmir aktiven Stammesmiliz *Lashkar-e-Toiba* („Armee der Reinen“, LeT), dem pakistanischen Hauptprotagonisten des „Kaschmir-Dschihad“. Diese drei Gruppen bilden

- 4 Gunnar Heinsohn hat in Deutschland den aus der Demographieforschung stammenden Begriff *youth bulge* eingeführt. Heinsohn versteht darunter eine überproportionale Ausstülpung der Alterspyramide bei den Fünfzehn- bis Neunundzwanzigjährigen, die – wenn dieser Anteil die Dreißig-Prozent-Marke überschreitet – geeignet ist, innergesellschaftliche Probleme zu verursachen. Da in dieser Situation nicht genügend akzeptable Positionen für diese Generation zur Verfügung stehen, so die These, entlädt sich ein gefährlicher Sprengsatz aus „zornigen jungen Männern“.

eine West-Ost-Achse, in deren Mittelpunkt Islamabad ebenfalls als ein potenzielles Terrorzentrum mitzudenken ist. Zum einen werden diese Gruppierungen von der offiziellen pakistanischen Politik genutzt, um sich einer Einkreisungsstrategie von Afghanistan und Indien zu erwehren, zum anderen versuchen diese Gruppierungen ihre eigenen Interessen durchzusetzen, z.B. die flächendeckende Einführung der Scharia, die sich mit den archaischen Stammesriten vermengt. Der Gefahr einer Einkreisung durch die ungünstige Mittellage zu begegnen, ist nicht nur die erste Aufgabe des pakistanischen Staates, sondern wurde auch zum gesellschaftlichen Identifikationspool der pakistanischen Bevölkerung – neben dem Negativerlebnis bei Staatsgründung, die begleitet wurde durch eine gegenseitige gewaltsame Vertreibung aus Indien bzw. Pakistan, die sich tief in das Selbstverständnis des pakistanischen und auch des indischen Volkes eingegraben hat und der Dauerfehde um Kaschmir als Grundlage dient. Die Erzfeindschaft mit Indien begründet somit eine negativ konnotierte Identitätsspirale. Diese Negatividentität unterminiert die positive Bindekraft für den Zusammenhalt von pakistanischem Staat und Nation, die sich eigentlich durch die (mehrheitlich) gemeinsame Sprache Urdu, den Islam, die Indus-Kultur und die Armee ausdrücken könnte. Die Regierung in Islamabad befürchtet bei einem Abzug der USA bzw. der internationalen Gemeinschaft aus diesem Großraum eine neue Kooperation zwischen Kabul und Neu-Delhi. Die geopolitischen Interessen der Machteliten, die nun folgend dargestellt werden, überschneiden sich aus den vielfältigsten Gründen, können aber nur mit einem kohärenten Politikansatz zur Konkordanz gebracht werden.

Die Beispiele für den Schlingerkurs der pakistanischen Regierung in Bezug auf einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessenlagen sind Legion, hier sind unter anderem zu nennen: das wirkungslose Verbot der LeT, das nicht nachhaltige Verabschieden von Regeln/ Kontrollen zur Gleichbehandlung von staatlichen Schulen/ Universitäten einerseits und Koranschulen andererseits, die Anerkennung der Taliban-Regierung in Afghanistan und Genehmigung einer Taliban-Botschaft in Islamabad nach dem Sieg der Taliban über die Sowjet-Armee, das zögerliche Vorgehen gegen die Besetzung der „Roten Moschee“ in der Hauptstadt etc. An diesen Beispielen lässt sich verdeutlichen,

dass immer neue Gratwanderungen auf die neu gewählte zivile Regierung Zardari/ Gilani warten, um sich vor einer potenziellen doppelten Zange aus inländischen Gruppierungen und dem benachbarten Ausland in den Grensräumen zu schützen. Diese geostrategische Sichtweise hilft somit, die zwei Hauptkrisenregionen thematisch miteinander zu verknüpfen und in einem kausalen Nexus aufeinander zu beziehen.

Die Taliban sind streng genommen eine „Erfindung“ der USA, des pakistanischen Militärs und des ISI. Die islamistische Bewegung wurde in den 80er Jahren als pakistisches (außen-)politisches Instrument gegründet. In Folge des sowjetischen Einmarsches wurde hiermit das Ziel erfolgreich verfolgt, Afghanistan zu „befreien“ und andererseits den Rücken gegen Indien in der Dauerfehde um Kaschmir freizuhalten. Weiterhin baute Pakistan die Taliban-Bewegung seit 1994 als eine massive Ordnungsmacht im afghanischen Bürgerkriegschaos auf. Zu diesem Zweck wurden Mudschahedin-Kämpfer als Gegenkraft ausgebildet, finanziert und ausgerüstet. Grundsätzliche Motivation war also die Etablierung einer Pakistan-freundlichen Regierung in Afghanistan. Dafür nahmen die pakistische Regierung und die USA eine weitere Islamisierung in Kauf. Erst als sich diese Taliban-Regierung als (arabische) Terrorbasis entwickelte und sich gegen den Westen richtete, reagierten die USA mit Hilfe ihrer Verbündeten mit der Besetzung Afghanistans. In dieser Zeit bildeten sich vielfältige strukturelle Allianzen zwischen dem autonomen Militär/ ISI und den Taliban, die bis heute fortbestehen. Aber auch die Kontakte zum amerikanischen CIA, der den ISI mit Hilfe des französischen Geheimdienstes anlässlich der Staatsgründung Pakistans mitbegründete, blieben erhalten.

Die USA verfügen über ein ganzes Interessenbündel in diesem Großraum, das sich nicht nur auf die Bekämpfung des internationalen Terrorismus beschränkt. In diesem Zusammenhang wird Pakistan als ein Schlüssel für einen Erfolg des ISAF-Einsatzes in Afghanistan angesehen, um wirksam die Taliban/ al-Qaida zu bekämpfen und einen nachhaltigen Wiederaufbau zu garantieren. Die Kontrolle über die Nuklearwaffen, die Pakistan erst als Reaktion auf die Niederlage im Krieg gegen Indien 1971 entwickelte, wird bislang ausschließlich vom Militär garantiert.

Diese exklusive Garantie versuchen die USA auch weiterhin mit allen Mitteln zu schützen, damit islamistische Terroristen ihrer nicht habhaft werden können. Vor diesem Hintergrund konnte das pakistanische Militär seine politische und wirtschaftliche Machtposition festigen und immer weiter ausbauen, so dass alle Schaltstellen des gesellschaftlichen Spektrums Pakistans, seit 2004 sogar durch einen nationalen Sicherheitsrat institutionalisiert, mit Militärs besetzt sind. Das Militär, das auch mit militanten Freischärlergruppen (*Lashkar*, vgl. z.B. LeT) agiert, nutzt den Islam innenpolitisch, um die Legitimierung seiner Herrschaft auszubauen und außenpolitisch als Gegenmodell zu den Autonomiebewegungen der Paschtunen und Kaschmiris/hinduistischen Nationalisten aus Indien. Die außenpolitischen Ziele des Militärs mit Hilfe der *Lashkar* durchzusetzen, dürfte bei der pakistanischen Regierung auf wohlwollende Duldung und Förderung stoßen. Denn Gruppierungen wie die LeT entlasten das pakistanische Militär im Kaschmir-Konflikt, so dass die offiziellen Truppen für den Kampf gegen die Autonomiebestrebungen der Paschtunen im Westen⁵ und gegen die Taliban-Dschihadisten zur Verfügung stehen.

Weiterhin versuchen die USA mit ihrem Engagement in Pakistan/ Afghanistan und ihrem, auch aus wirtschaftlichen Gründen, derzeitig bevorzugten Verbündeten Indien ihre geopolitische Einflussphäre gegen tatsächliche oder vermeintliche Gegnerstaaten auszubauen. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass Indien ein großer regionaler wirtschaftlicher Konkurrent für China ist. Hierzu dient den USA eine Einkreisungsstrategie mittels befreundeter Satellitenstaaten; namentlich bezieht sich diese Strategie auf die Staaten Russland, Iran und China. Zuletzt verfügten die USA über zwei wichtige Pipelineprojekte, die mit Hilfe ihrer Verbündeten in diesem Raum gebaut werden sollen. Konkret handelt es sich um eine Ölpipeline von Turkmenistan nach Pakistan und eine Gaspipeline von Turkmenistan nach Indien. Die USA messen Pakistan seit jeher eine zentrale logistische Bedeutung als Brückenkopf und potenzielle Transportlinie im zentralasiatischen Raum bei.

5 Dieser Konflikt mit den nach Autonomie strebenden Paschtunen wird in Islamabad als ein Stellvertreterkonflikt mit Afghanistan aufgefasst, da noch keine afghanische Regierung die Durand-Linie akzeptierte. Es liegt aus der Sicht Pakistans somit eine ähnliche Situation wie im Osten vor.

Nach einem realpragmatischen Ansatz unterstützen und kooperieren die USA weltweit nur mit einer ihr jeweils wohlgesonnenen Regierung zur Durchsetzung ihrer Interessen, unabhängig davon ob es sich um einen Militärherrscher (Musharraf) oder einen gewählten, potenziell korrupten, zivilen Ministerpräsidenten handelt. Wie im Irak demonstriert, kann sich die Einschätzung ihrer selbstgewählten Kooperationspartner schnell ändern und auch um 180 Grad drehen. Die USA werden wegen ihres wohlwollenden Engagements in Indien nicht nur von national-konservativen Kreisen Pakistans als ein unzuverlässiger Partner eingeschätzt (vgl. hierzu ein ähnliches Abhängigkeitsverhältnis der Kurden im Nordirak). Auch der EU ist bereits seit längerem aufgefallen, dass die USA zwar die Demokratieförderung propagieren, jedoch das Militär und seinen Geheimdienst unterstützen. Die USA stabilisieren Pakistan nicht mehr als nötig, um die Abhängigkeitsspirale aufrechtzuerhalten. Man spricht in diesem Zusammenhang bereits von einer „Scheuerlappendiplomatie“. Für die USA ist Pakistan mit Blickrichtung auf den Iran, China, Indien und Afghanistan von geopolitischer Bedeutung. Diese Rolle füllte Pakistan bereits im Kalten Krieg als Frontstaat der USA gegen das sowjetisch unterstützte Indien und als US-Frontstaat zum sowjetisch besetzten Afghanistan aus. Aktuell vermuten die USA hinter dem halbherzigen Vorgehen der pakistanischen Armee gegen die Taliban in den Grenzbezirken im Westen ein Doppelspiel der pakistanischen Regierung. Die (eigene) Bedrohung durch islamistischen Terror wird in einer einsatzverlängernden Hinhaltenaktik ausgenutzt, so die Vermutungen des amerikanischen Kongresses, um möglichst viel Geld von den USA abzuschöpfen, denn die USA finanzieren die pakistanischen Militäraktionen in den Grenzregionen.⁶ Vor diesem Hintergrund sind die militärischen Alleingänge der USA im pakistanischen Grenzgebiet einzuordnen.

Neben den USA ist China in Bezug auf Wirtschafts- und Rüstungsgüter der wichtigste strategische Partner Pakistans. Während die USA tief in die spannungsreiche Innenpolitik Pakistans eingreifen, hält sich China aus diesem Politikfeld

6 Diese pakistanischen Militäraktionen werden direkt vom US-Regionalkommando (General David Howell Petraeus) für den Nahen Osten und Zentralasien (CentCom) finanziert und sind abgekoppelt von den Mitteln für den „War on Terror“, die Pakistan seit dem 11. September von den USA erhält.

heraus. Für China ist es wichtig, einen potenziell (Atomwaffen-)mächtigen, zuverlässigen Partner an seiner Seite zu wissen, der Einfluss auf seine Westgrenze, zum Raum Himalaja (Tibet/Nepal) und Indien besitzt.

Eine Zäsur in der Geschichte der Taliban bildet die Kooperation mit der al-Qaida-Bewegung, die sie zu einer unkontrollierbaren dschihadistischen Internationalen promovierte. Diese Entwicklung wird die gegenwärtige Taktik der ISAF, die ortsansässigen von den einheimischen Gruppierungen zu trennen, unterminieren. Bereits seit 1996 ist Osama bin Laden „Gast“ des radikal-islamistischen Taliban-Regimes. Die heterogene Taliban-Bewegung ist insofern obrigkeitsfixiert, als dass sie sich nur ihren religiösen oder politischen Würdenträgern verpflichtet fühlt, die sich oft aus besonders respektierten Kämpfern rekrutieren. Besonders wichtig ist ihr, dass ihre Aktionen reputabel für die eigene islamische Gesellschaft (*Umma*) sind; sie wollen keinem anderen Gesellschaftsprinzip gefallen. Ihr Leben haben sie in den Dienst der flächendeckenden Förderung und Erweiterung der *Umma* gestellt, konkret fordern sie die Inauguration eines weltumspannenden Kalifats mit dem islamistischen Rechtssystem der Scharia.

Wichtig ist aber zu betonen, dass sich der Begriff Taliban nicht als Sammelbezeichnung für Warlords, Drogenhändler und Kriminelle eignet. Die Taliban stellen auch keinen homogenen militant-islamistischen Block dar. Ihre Zusammenschlüsse reichen inzwischen von einem islamisch geprägten Lebensstil gewaltsamen Protests der verarmten Stammesunterklasse, deren Hauptinteresse es ist, die Aufrechterhaltung lokaler Autonomien zu fördern sowie die Herstellung von Sicherheit und Gerechtigkeit in ihrem Sinne zu sichern, bis zu supralokalen Beziehungsgeflechten im paschtunisch dominierten Grenzgebiet zu Afghanistan. Diese sich überlappenden, staatsunabhängigen Solidaritätsbezüge einzelner Clans, Stämme und religiös oder ethnisch definierten Gemeinschaften bilden nicht zu unterschätzende grenzüberschreitende Identitäts- und Handlungsreferenzen. Diese vielgestaltigen, partikularistischen Gemeinschaftsorganisationen gefährden seit der Kolonialzeit die Staatsautonomie Pakistans. Der jahrzehntelange Einfluss religiöser Gruppen auf die Stammestraktionen hat die

Unübersichtlichkeit besonders in den F.A.T.A. und Ostafghanistan weiter erhöht. Die hier hauptsächlich und ursprünglich ansässigen paschtunischen Stämme und Clans pflegen eine nach wie vor, nach westlichen Maßstäben unangepasste, archaische Lebensform, die den Wert der kriegerischen Auseinandersetzung schätzt und die Kriegskultur an sich zur Maxime erklärt. Um einer gegenseitigen Ausrottung zuvorzukommen, können Stammesfehden nach dem Stammesgesetz *Paschtunwali*, das auch die Blutrache und das Gastrecht kodifiziert, durch „Schenkung“ (Verschleppung) „stammeseigener“ junger Mädchen und Frauen an den jeweils anderen Stamm geschlichtet werden. Die trennende Linie zwischen den Paschtunenstämmen wurde bis heute von ihnen, aber auch von der afghanischen Regierung nicht akzeptiert; deshalb fürchtet besonders Pakistan die paschtunischen Autonomiebestrebungen.

Die 2.500 Kilometer lange Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan, eigentlich handelt es sich um eine willkürlich gezogene Trennung aus der britischen Besatzungszeit, die sogenannte Durand-Linie von 1893, ist nach wie vor nicht kontrollierbar. Eine G-8-Staaten-Initiative zur Sicherung der Grenze im Jahr 2007 erbrachte bislang keine Ergebnisse. Neben den supra-lokalen Beziehungsgeflechten gibt es zudem geographische Gründe für die nicht zu leistende Überwachung. Die Grenzregion liegt im bis zu 5.000 Meter hoch gelegenen Hochgebirge, schweres militärisches Gerät kann nur über wenige befestigte Pässe, wie den immer wieder stark umkämpften Khyber-Pass in Nord-Wasiristan nach Kabul und über den Grenzübergang Chaman nach Kandahar, die beide die bislang alternativlosen Hauptnachschrubwege der ISAF-Truppen bilden, transportiert werden.⁷ Der Passweg hat sich als ein Schlüssel für die weitere Entwicklung des Afghanistan-Konflikts entwickelt. Die Grenze bildet damit seit ihrer Einführung eine Art (unkontrollierbare) Pufferzone. Die umliegenden Stammesgebiete konnten damals wie heute nicht gänzlich kontrolliert werden, eine nur

7 Bislang werden auf den beiden Landrouten 70 bis 80 Prozent des Nachschubs über Pakistan nach Afghanistan transportiert. Diese beiden Hauptrouten werden aber zunehmend unsicherer; so wurden die Nachschubdepots überfallen, in Brand gesetzt und geplündert. Alternativen für Nachschubrouten werden mit Russland (Nordroute/Eisenbahnlinie) Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan (Straßentransport) und Iran (Südroute) zurzeit verhandelt.

lockere Anbindung an die Zentralregierung gilt bis heute. Die poröse Grenze machen sich drei dort agierende Gruppen besonders zunutze. Zum einen natürlich die dezentral agierenden Taliban. Sie schmuggeln Kämpfer und Waffen, weiterhin wird die permeable Grenzsituation von anderen Aufstandsgruppen mit regional begrenzten Einflussgebieten genutzt. Es handelt sich hierbei um ein tribales Klientelsystem, das um regionale Einflüsse, wie Land und Wasserrechte streitet. Zuletzt wird das Grenzgebiet von Drogen- und Schmuggelringen genutzt, um ihre Ware Richtung Westen zu schleusen.

Dass ebenfalls das pakistanische Militär in den Stammesgebieten aus zweifachem Grunde verhasst ist, ergibt sich nicht nur aus den beschriebenen Autonomiebestrebungen der Paschtunen, sondern auch aufgrund der ambivalenten Funktion des Militärs und des Geheimdienstes für den pakistanischen Staat. Zum einen werden, auch aufgrund westlichen Drucks, offizielle pakistanische Truppen gegen die Taliban eingesetzt, zum anderen unterstützt der Militärgeheimdienst nach wie vor selbst diese Bewegung (z.B. regionale Nichtangriffspakte). Weiterhin ist diese in den westlichen Grenzprovinzen mit anderen Freischärlergruppen im Osten des Landes vernetzt. Dass die pakistanische Armee mit offiziellen Truppen selber in den F.A.T.A. aktiv kämpft, stellt eine Zäsur in der Geschichte Pakistans im Umgang mit den Stammesgebieten dar.

Kaschmir ist ein Staat mit einer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung, dessen Hindu-König sich nach der Abtrennung von Pakistan 1947 Indien anschloss. Diese Entscheidung unterminierte das ursprüngliche Ansinnen der britischen Kolonialmacht nach dem Divide-et-impera-Prinzip zwei religionsabhängige Proporzsysteme zu gründen, um so die hinduistische und die muslimische Nation gegeneinander ausspielen zu können. Man spricht in diesem Zusammenhang von der „Zwei-Nationen-Theorie“. Dieser Begriff wurde ursprünglich von dem pakistanischen Gründervater Mohammed Ali Jinnah 1940 geprägt und umschreibt einen Gründungsmythos, der auf einer kulturel-nationalistischen Annahme beruht. Der „ideologische Staat“ (Asaf Hussain) stellt ein problematisches Selbstverständnis sowohl der indischen als auch der pakistanischen Nation dar. Bislang wurden vier Kriege zwischen Pakistan

und Indien geführt und unzählige Scharmützel und Anschläge seit Staatsgründung verübt. Es handelt sich im indischen Teil Kaschmirs (Pakistan verwaltet den Nordteil und Azad [= Freies] Kaschmir, und China hält den Ostteil besetzt) um eine flagrante Form militärischer Unterdrückung. Die indische Armee geht mit Unterstützung von nationalistischen Hinduorganisationen, unter Duldung des Westens, mit äußerster Brutalität gegen die muslimische Bevölkerung vor. Die LeT wurde in den 80er Jahren vom ISI mitbegründet, um die indischen Truppen zu bekämpfen und ferner die Unabhängigkeit Kaschmirs zu begründen. Hierzu wurden auch Milizen-Lager auf indischem Territorium etabliert, die nach dem US-amerikanisch vermittelten Waffenstillstand und dem verordneten Friedensprozess 2004 auf pakistanischen Boden zurückverlegt wurden. Der Aktionsraum beschränkt sich nicht nur auf den Osten; nach eigenen Angaben unterhält die LeT 3.000 Vertretungen in ganz Pakistan. Die LeT ist auch schon im Auftrag Pakistans zu „dementierbaren“ Stellvertreterauseinandersetzungen in Afghanistan eingesetzt worden. Die Miliz erhielt bei ihrem Aufbau nicht nur Unterstützung aus Pakistan, sondern auch von gleichgesinnten Sunniten aus Saudi-Arabien. Das Selbstverständnis einer kriegerischen Tradition scheint auch im Osten den friedlichen Ausgleich mit dem militärischen Hegemon Indien in diesem Großraum zu verhindern. Während Nepal, Bhutan, Bangladesch u.a. Indien als Militärmacht nicht mehr anzweifeln, verhindert auch der Zwei-Nationen-Fundamentalismus hier eine Annäherung. Nach den Anschlägen in Bombay/ Mumbai, die hier nicht weiter thematisiert werden können, wird auch die LeT verdächtigt, zusammen mit al-Qaida das Rad des internationalen Dschihad-Terrorismus zu drehen.

Der ehemalige Präsident Musharraf, von den USA als zeitweise wichtigster Terrorbekämpfungsverbündeter promoviert, verbot die beiden Milizen LeT und *Jaish-e-Muhammad*, die sich zuvor jahrelang auf pakistanischer Seite als Hauptprotagonisten etablierten. Das Verbot der LeT existierte aber nur auf dem Papier, zu viele Akteure inner- und außerhalb Pakistans hatten offensichtlich ein Interesse, diese Miliz für ihre jeweiligen Interessen einzuspannen. Es etablierte sich nach dem offiziellen Verbot schnell eine Tarnorganisation mit dem doppeldeutigen Namen *Jamaat-ud-Dawa* („Gemeinschaft für Mission“, JuD),

die im ehemaligen, befestigten LeT-Hauptquartier bei Lahore residiert. Wie die meisten islamischen und potenziell islamistischen Organisationen (z.B. Muslimbruderschaft, Hamas) ist die JuD/ LeT auch als Wohltätigkeitsorganisation tätig. Nach der Erdbebenkatastrophe 2005 bewährten sich die Truppen der LeT als effiziente Rettungskräfte. Die offizielle Nachfolgeorganisation JuD wurde bereits 2006 von den USA auf ihre Terrorliste gesetzt, der UN-Sicherheitsrat erklärte die islamistische Gruppierung nach den Terroranschlägen von Bombay/ Mumbai zur terroristischen Vereinigung.

Im Westen Pakistans liegen, begründet durch den ISAF-Einsatz in Afghanistan, nach wie vor die derzeitigen Schwerpunkte der islamistischen Dschihadismusbekämpfung, da sich Osama bin Laden immer noch in Wasiristan befinden soll und sich die Stammesgebiete und die dahinterliegenden Nordwestgrenzprovinzen zu einem Anziehungsraum für in- und ausländische Islamisten entwickelt haben. Die Bezeichnung als Rückzugsraum für Taliban aus Afghanistan, bedingt durch die grenznahen afghanischen Flüchtlingslager in Pakistan, kann getrost als veraltet gelten. Inzwischen werden ausländische Terroristen z.B. aus den südlichen GUS-Staaten und dem arabischen Raum, aber auch aus Europa, eingeschleust und ausgebildet oder sind selbst als Einflusspersonen auf die einheimische Stammesbevölkerung tätig. Auch besitzen die bekannten Anführer der pakistanischen Taliban und potenziellen Kooperationspartner des ISI, z.B. der mutmaßliche Drahtzieher des Bhutto-Attentats Baitullah Mehsud in Südwasiristan und Jalaluddin Haqqani in Nordwasiristan, in den Stammesgebieten ihre Basis.

Mehrere Großoffensiven des pakistanischen Militärs ab 2003 brachten – ebenso wenig wie das Friedensabkommen von Miransha im Jahr 2006 – keine durchschlagenden Erfolge, sondern führten nur zu einer weiteren Radikalisierung bzw. Solidarisierung zwischen den Stämmen und den Taliban. Eine ähnliche Reaktion bewirken im Übrigen die von der pakistanischen Regierung geduldeten Bombenangriffe amerikanischer Drohnen auf pakistanischem Gebiet. Aufständische verüben als eine beliebte Reaktion auf die pakistanischen bzw. inzwischen auch westlichen Angriffe – oder alternativ aufgrund der Ausrufung eines konkreten Dschihads gegen Ungläubige durch ein

Religionsoberhaupt – Anschläge auf die Infrastruktur und zunehmend auf die Nachschubtransporte der ISAF-Truppen. Hinzu kommen Entführungen von (zivilem) Hilfspersonal. Inzwischen haben sich von den unter Bundesverwaltung stehenden Stammesgebieten Nord- und Südwasiristan, Mohmand und Bajaur zu *no-go-areas* für westliche Journalisten entwickelt. Es muss davon ausgegangen werden, dass sich in diesen Gebieten die Taliban mit ihren Ordnungsvorstellungen der Scharia durchgesetzt haben. Ein Indiz sind die häufigen Drohnenangriffe auf diese Gebiete durch die USA und einzelne gezielte Militärinterventionen der pakistanischen Armee.⁸ Nach dem umstrittenen „Friedenspakt“ zwischen der pakistanischen Regierung und den Taliban im Swat-Tal haben die brutalen Scharia-Gerichte dort ihre Arbeit aufgenommen und die Taliban versuchen in der angrenzenden Buner-Region Fuß zu fassen.

Ein beliebtes Ziel in dem südlich an Wasiristan grenzenden Belutschistan ist die dort verlaufende Gaspipeline, die Pakistan mit 45 Prozent seines Gesamtumsatzes dieser fossilen Energieart versorgt. In Belutschistan kämpfen aber nicht nur Taliban und al-Qaida, die hier Stützpunkte unterhalten, sondern seit den 50er Jahren auch nach Autonomie strebende Belutschen gegen Pandschabis. Der seit Jahren schwelende Streit kann in Phasen der Eskalation, in denen er dann mit schweren Waffen ausgetragen wird, nur von der pakistanischen Armee bzw. paramilitärischen Einheiten befriedet werden. Ein gegen die „Befreiungsarmee Belutschistans“ (BLA) ausgesprochenes Verbot im Jahre 2006 blieb bislang ohne Wirkung. Eine nachhaltige Befriedung dieser Gebiete kann nur als kohärente Aufgabe Afghanistans, Pakistans und der noch verbliebenen autonomen – nicht unter Taliban-einfluss stehenden – Stämme gelingen; ansonsten ist davon auszugehen, dass das zur Zeit zu beobachtende „Räuber-und-Gendarm-Spiel“ weitergeht und die Talibangruppen andere Stammesgebiete gewaltsam infiltrieren und als Terrorbasen nutzen werden.

8 Zur Einführung der Scharia im pakistanischen Grenzgebiet vgl. die aktuelle Entwicklung: Ehrhardt, Christoph: Im Swat-Tal soll die Scharia gelten. Abkommen der Regierung der Nordwest-Grenzprovinz mit pakistanischen Islamisten, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 17.02.2009.

VI. Fazit

Wurde in der Problemstellung noch das pakistanisch-afghanische Grenzgebiet als Wurzel des islamistischen Terrorismus vermutet, muss aufgrund der dargestellten Hauptkrisenregionen mit ihren multikausalen Hintergründen in Pakistan von dieser These abgerückt werden. Eine Darstellung, die sich nur auf die derzeitig in den Medien präsekte Problemregion F.A.T.A. konzentriert, ist nicht geeignet, das komplizierte Beziehungsgeflecht von geopolitischen, wirtschaftlichen und sozialen, in- und ausländischen Interessen auch nur annähernd zu erfassen. Hierzu muss das Blickfeld mindestens um den dauerhaften, asymmetrischen Konflikt mit Indien erweitert werden, da der Kaschmirkonflikt auf mehreren Ebenen in einem engen Zusammenhang mit dem islamistisch motivierten Terror steht und ebenfalls auf die vielfältigen innenpolitischen Konfliktlagen verweist.

Vergrößert man den Untersuchungsraum um einen weiteren Kartenausschnitt, so stellt man fest, dass eine Untersuchung über den pakistanischen Islamismus ebenfalls eine politische Großraumanalyse des südlichen Asiens enthalten muss. Anhand von vier zusammenfassenden in sich verschränkten Dimensionen – der internationalen, der regionalen und der nationalen Dimension sowie der Entscheidungsebene – können die Hauptkonfliktlinien sowie mögliche Lösungswege dargestellt werden. Der Verfasser möchte seine Skepsis über die im Folgenden von ihm selbst vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten nicht verschweigen. Die Energie- und geostrategischen Interessen der westlichen Industriestaaten, Indiens und Chinas erscheinen als zu übermächtig, als dass diese Staaten(-bündnisse) ihre Ziele und Einflussphären zurückstellten und ein nachhaltiges Interesse an einer selbstbestimmten Entwicklung Pakistans verfolgten. Aber nicht nur die externen „Demokratiebemühungen“ werden vom Verfasser kritisch bewertet, die pakistanischen Regierungen selbst konnten in der Vergangenheit nicht das koloniale Erbe und die daraus resultierenden internen Faktoren einer nachhinkenden Weiterentwicklung abschütteln. Anstatt eine konstruktive (z.B. wirtschaftliche oder sicherheitspolitische) Zusammenarbeit mit den angrenzenden Nachbarstaaten anzustreben und innenpolitisch gegen Korruption und islamistische Gruppierungen vorzugehen, um sich als Staat und Nation zu emanzipieren, setzt(e)

man auf destruktive Kräfte und auf die Verstetigung eines negativen Gründungsmythos.

Wie die dargestellten innen- und außenpolitischen Konfliktlinien zeigen sind die Aufgaben der im Jahre 2008 gewählten zivilen Regierung Zardari/Gilani mannigfaltig und mit externer Hilfe nicht zu bewältigen. Pakistan muss unter den derzeitigen Bedingungen als *failing state* eingeordnet werden. Dennoch deuten die vielen Krisenindikatoren nicht auf eine irreversible Aushöhlung des Staatswesens hin, wie z.B. in Simbabwe. Die säkularen Kräfte der Provinzen *Punjab* und *Sindh* und die starken ausländischen Interessen Chinas und der USA in der Region werden, ohne jeden Zynismus, auch weiterhin die Garanten für einen pakistanischen Staat sein. Für die Emanzipation Pakistans und als sekundärer Effekt für die westliche Welt in Bezug auf die Bekämpfung des islamistischen Terrors, ist die nachhaltige Bannung der Einkreisungspolitik der Nachbarstaaten aufgrund der geopolitischen Mittellage Pakistans die wichtigste Aufgabe der neuen Regierung. An dieser Aufgabe, die nur mit einer eigenen kohärenten Regierungspolitik zu bewältigen ist, lassen sich die wesentlichsten Meilensteine zu einer weiteren friedlichen Zukunft Pakistans exemplifizieren, die wichtigsten sind:

Säkularisierung der staatlichen Institutionen

Pakistan benötigt eine nachhaltige, stabile und säkulare Politikstrategie, welche die Autorität der staatlichen Exekutive im ganzen Staat durchsetzt, demokratisch legitimiert und ein Regierungssystem mit *checks and balances* etabliert. Die staatlichen Institutionen müssen säkularisiert, beispielsweise müssen für das Bildungssystem einheitliche Regelungen durchgesetzt werden. Auch die Koranschulen sind auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin zu zertifizieren. Gleichwohl kann die Religion als Ordnungsfaktor, ähnlich wie das Militär, nicht hinweggedacht werden. Der Islam bildet einen der vier Verfassungsgrundsätze und ist für die positive Identifikation mit der pakistanischen Nation und dem Staat von großer Wichtigkeit. Die Instrumentalisierung und das Doppelspiel mit den islamistischen Parteien, die sich gegen den pakistanischen Staat selber richtet, muss aber beendet werden. Es wäre hierzu hilfreich, wenn die westlichen Regierungen die pakistanische Staatsreligion nicht per se als Islamismus begriffen.

Bekämpfung des „tiefen Staates“

Die institutionelle Entmachtung, Verschlinkung und Demokratisierung des pakistanischen Militärs muss weiter und effektiver durchgesetzt werden. Hierzu wäre eine Zivilisierung des ISI notwendig. Der Geheimdienst müsste institutionell dem Premierminister angegliedert werden. Eine Auflösung des Netzwerkes Militär-Geheimdienst-*Lashkars* müsste mit Hilfe der obersten Gerichte durchgesetzt werden. Eine Trennung zwischen Politik/Wirtschaft einerseits und Landesverteidigung andererseits ist anzustreben. Hierzu sind zum Beispiel die auch zivil-unternehmerisch tätigen Militärstiftungen (Logistik) vom Militär abzukoppeln. Eine nachhaltige industrielle Entwicklung könnte durch geeignete Investitionen der Industriestaaten angesprochen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarländern sollte von innen heraus implementiert werden.

Beendigung der Stellvertreterkriege mit Afghanistan und Indien

Die beiderseitige Unfähigkeit, das jeweilige staatliche Gewaltmonopol in den paschtunisch bewohnten Gebieten durchsetzen zu können, muss überwunden werden. Hierzu ist es notwendig, dass bilateral mit den Paschtunen über ihren grenzüberschreitenden Status verhandelt, gleichwohl aber die Durand-Linie als Grenze von Afghanistan anerkannt und die wirtschaftliche Entwicklung des Grenzgebietes als beiderseitige staatliche Aufgabe angesehen wird. Der jeweilige Rechtspluralismus muss durch unabhängige, säkulare Richter/ Gerichte innerhalb beider Länder gesichert werden. Die F.A.T.A. sind in eine halbautonome *guided area* zu überführen, und die Zusammenarbeit von Paschtunenstämmen mit islamistischen Taliban/ *al Qaida*, die sich auch gegen die eigenen Stammeskulturen richtet, muss von den Paschtunenstämmen selber abgelehnt und bekämpft werden. Der Kaschmirkonflikt mit Indien muss friedlich überwunden werden. Neben den islamistischen *Lashkars* dürfen auch die Hindu-Nationalisten nicht von ihren jeweiligen Regierungen benutzt werden, Interessenpolitik zu betreiben. Die Anschläge vom Bombay/ Mumbai können als ein Schlüsselereignis dienen, in Zukunft gemeinsam den Terrorismus zu bekämpfen und eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung anzustreben. Der Mythos von den „zwei Nationen“ – es leben mehr Muslime

in Indien als in Pakistan! – ist nicht dazu geeignet, eine friedliche Koexistenz zu garantieren.

Innenpolitik

Die Bekämpfung der Korruption, die zu Lasten der Mittel- und Unterschicht wirkt und damit die Entwicklung des Landes behindert, steht als innenpolitisches Konfliktfeld an erster Stelle. Hierzu muss das dynastische Parteiensystem zu einem binnendemokratischen Parteiensystem mit gewählten Repräsentanten umgewandelt werden. Weiterhin muss in den Ausbau des Bildungssystems und der sozialen Infrastruktur investiert werden, damit die Rekrutierungsmöglichkeiten der islamistischen „Kümmerer“-Gruppierungen austrocknen.

Externe Faktoren

Die Interessenstellvertreterpolitik der USA und ihrer Verbündeten muss in dieser aggressiven Form beendet werden. Aber auch Barack Obama hat Pakistan, trotz Charmeoffensive in einem arabischen Fernsehsender an die muslimische Welt kurz nach seiner Inauguration, bereits als eine „zentrale Front“ im Krieg gegen den Terrorismus bezeichnet und geschworen, noch stärker auf Pakistan einzuwirken, was nicht auf einen grundsätzlichen *Change* der US-Asienpolitik in diesem Raum schließen lässt.

Literatur

- Ali, Tariq (2008): *Pakistan – Ein Staat zwischen Diktatur und Korruption*. Kreuzlingen/ München: Diederichs.
- Grützmaker, Christoph (2007): *Die Außen- und Sicherheitspolitik Pakistans – Ein sicherheitspolitischer Eskalationsfaktor in Asien?* Hamburg: Kovac.
- Hippler, Jochen (2008): *Das gefährlichste Land der Welt? Pakistan zwischen Militärherrschaft, Extremismus und Demokratie*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Hörstel, Christoph R. (2008): *Brandherd Pakistan – Wie der Terrorkrieg nach Deutschland kommt*. Berlin: Kai Homilius.
- Khan, Yasmin (2007): *The Great Partition – The Making of India and Pakistan*. New Haven/ London: Yale UP.
- Paul, T.V. (Hrsg.) (2005): *The India-Pakistan Conflict*. Cambridge: Cambridge UP.
- Rashid, Ahmed (2002): *Heiliger Krieg am Hindukusch – Der Kampf um Macht und Glauben in Zentralasien*. München: Droemer Knaur.
- Rashid, Ahmed (2002): *Taliban – Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad*. München: Droemer Knaur.

Internet

- Brookings Institution* (Washington D.C.): www.brookings.edu
- Center for Strategic and International Studies* (Washington D.C.): www.csis.org
- Council on Foreign Relations* (New York): www.cfr.org
- International Crisis Group* (Brüssel): www.crisisgroup.org
- Institute for Conflict Management/ South Asia Terrorism Portal*: www.satp.org
- Rand Corporation*: www.rand.org
- Stiftung Wissenschaft und Politik* (Berlin): www.swp-berlin.org
- United States Central Command* (CentCom): www.centcom.mil/en/countries/aor/pakistan/
- Zeitungen und Nachrichtenquellen* (Pakistan): www.kidon.com/media-link/pk.php?lng=de

Welt Trends *Papiere*

Sie möchten Forschungsarbeiten veröffentlichen?

Sie möchten in aktuelle Debatten streitbar eingreifen?

Sie möchten „klassische“ Texte für die Lehre einsetzen?

Dies alles schnell, preiswert und für ein breites Publikum?

Wir bieten Ihnen dafür die *WeltTrends Papiere!*

- 1 | Noch zu retten? Plädoyer für die EU-Verfassung
- 2 | Deutsche EU-Ratspräsidentschaft Ende der Verfassungskrise?
- 3 | Ansprüche? Eigentumsfrage Deutschland – Polen
- 4 | Europäischer Einigungsprozess
- 5 | Deutsche Auslandseinsätze – Streitplatz um Militärmacht
- 6 | Herausforderung Integration– Migration und Integration in Brandenburg
- 7 | Großmachtpolitik oder Wahlagitation – Russlands Außenpolitik 2007/2008
- 8 | Gibt es eine europäische Zivilreligion?
- 9 | Kapitalismus kontrovers

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen WT-Papieres interessiert sind, wenden Sie sich bitte an Frau Azadeh Zamirirad (0331-9774540 oder welttrends@web.de).

Bestellungen: www.welttrends.de oder bestellung@welttrends.de

Welt Trends *Lehrtexte*

Anregend für die Debatte.

Unverzichtbar fürs Seminar.

Kostengünstig für das studentische Budget.

Für Studenten und Dozenten!

- | | |
|--|--|
| 1 Nachdenken über Europa | 7 Regime im Nahen und Mittleren Osten |
| 2 Autoritäre Regime | 8 Regieren in Brandenburg |
| 3 Grenzen der EU | 9 Politische Herrschaft im Vergleich |
| 4 Wissenschaftliches Schreiben | 10 Die Karibik-Krise 1962 |
| 5 Herrschaft in Süd- und Mittelamerika | 11 Atomare Rüstung und Abrüstung heute |
| 6 Internationale Beziehungen: Konzepte | 12 Das politische System Irans |

Wenn Sie an der Publikation eines eigenen *WeltTrends*-Lehrtextes interessiert sind, wenden Sie sich bitte an HD Dr. Raimund Krämer (r.kraemer@welttrends.de).

Bestellungen: www.welttrends.de oder bestellung@welttrends.de



Universitätsverlag Potsdam

Der Wissenschaftsverlag für
medienneutrales Publizieren
an der Universität Potsdam

Über **350** lieferbare **gedruckte** Titel
im **Webshop**. Über **2500** Publikationen
online auf dem Publikationsserver
Open Access zum Download.

<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Tel.: +49 (0)331 977-4623

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 63!



Geopolitik Ost

Deutsche Ost(Geo)politik
Polen zwischen West und Ost
Wider die Geopolitik!
Im geopolitischen Dreieck

US-Raketen in Polen
Politikberatung und Uni

Krieg gegen Iran?
Serbien auf Suche

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 64!



Konfliktherd Kaukasus

Symptome einer Krisenregion
Fünf Tage Krieg
Abspaltung Abchasiens
Interessen des Westens

Staat in der Globalisierung
Entwicklung versus Terror

Obamas Herausforderung
EU-Militär im Tschad

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 65!



Naher Osten – Ferner Frieden

Der Gaza-Krieg im Nahostkonflikt
Wie viele Divisionen?
Hamas nach dem Krieg
Gaza und Völkerrecht

Was treibt den Ölpreis?
Islam und Westen

Syrien: Neuer Partner?
Pakistan: Dauerkrise

Jetzt unsere
Abo-Vorteile nutzen!
6 Ausgaben
jährlich für 40,- €
oder 25,- €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bestellen Sie jetzt die Ausgabe Nr. 66!



Energiesicherheit Deutschlands

Globale Energiepolitik
Versorger Russland
Kaspische Ressourcen
Kooperation im Hohen Norden
Atom ist keine Alternative

Somalia – Scheitern als Chance?
Nordkoreas Raketen
Deutsche Wirtschaft in Afrika

Abo-Vorteil!
6 Ausgaben jährlich
ab 25 €!

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

* Jahresabonnement für Studenten, Rentner und Arbeitlose

Die kleine politische Bibliothek

4 Hefte für nur 20 €

Bestellung: www.welttrends.de oder bestellung@welttrends.de

Welt Trends

Zeitschrift für internationale Politik

Bisher erschienene Themenhefte

- | | | | |
|----|-------------------------------------|----|-----------------------------------|
| 66 | Energiesicherheit Deutschlands | 32 | Balkan – Pulverfaß oder ... ? |
| 65 | Naher Osten - Ferner Frieden | 31 | Recht in der Transformation |
| 64 | Konfliktherd Kaukasus | 30 | Fundamentalismus |
| 63 | Geopolitik Ost | 29 | Die autoritäre Herausforderung |
| 62 | Zerrissene Türkei | 28 | Deutsche Eliten und Außenpolitik |
| 61 | Soziale Bewegungen in Lateinamerika | 27 | 10 Jahre Transformation in Polen |
| 60 | Russische Moderne | 26 | (Ab-)Rüstung 2000 |
| 59 | EU-Außenpolitik nach Lissabon | 25 | Dezentralisierung und Entwicklung |
| 58 | Regionalmacht Iran | 24 | Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
| 57 | Ressource Wasser | 23 | Kooperation im Ostseeraum |
| 56 | Militärmacht Deutschland? | 22 | Die Ostgrenze der EU |
| 55 | G8 Alternativ | 21 | Neue deutsche Außenpolitik? |
| 54 | Identität Europa | 20 | Demokratie in China? |
| 53 | Rotes China Global | 19 | Deutsche und Tschechen |
| 52 | Deutsche Ostpolitik | 18 | Technokratie |
| 51 | Geheime Dienste | 17 | Die Stadt als Raum und Akteur |
| 50 | Kerniges Europa | 16 | Naher Osten - Region im Wandel? |
| 49 | Militär in Lateinamerika | 15 | Identitäten in Europa |
| 48 | Internet Macht Politik | 14 | Afrika - Jenseits des Staates |
| 47 | Europäische Arbeitspolitik | 13 | Deutschland und Polen |
| 46 | Globale Finanzmärkte | 12 | Globaler Kulturkampf? |
| 45 | Von Dynastien und Demokratien | 11 | Europa der Regionen |
| 44 | Modernisierung und Islam | 10 | NATO-Osterweiterung |
| 43 | Großmächtiges Deutschland | | Sonderheft Russland und die GUS |
| 42 | Europäische Außenpolitik | 9 | Gewalt und Politik |
| 41 | Transatlantische Perspektiven II | 8 | Reform der UNO |
| 40 | Transatlantische Perspektiven | 7 | Integration im Pazifik |
| 39 | Wohlfahrt und Demokratie | 6 | Zerfall von Imperien |
| 38 | Politisierung von Ethnizität | 5 | Migration |
| 37 | Vergelten, vergeben oder vergessen? | 4 | Geopolitik |
| 36 | Gender und IB | 3 | Realer Post-Sozialismus |
| 35 | Krieg im 21. Jahrhundert | 2 | Chaos Europa |
| 34 | EU-Osterweiterung im Endspurt? | 1 | Neue Weltordnung |
| 33 | Entwicklungspolitik | | |

Bestellungen

bestellung@welttrends.de oder www.welttrends.de

Potsdamer Textbücher

PTB 1: *Regionen in der Europäischen Union*

PTB 2: *Polen – Staat und Gesellschaft*

PTB 3: *Naher Osten – Politik und Gesellschaft*

PTB 4: *Totalitäre und autoritäre Regime*

PTB 5: *Kommunale Selbstverwaltung*

PTB 6: *Die verschwundene Diplomatie*

PTB 7: *Recht in der Transformation*

PTB 8: *Das moderne Polen*

PTB 9: *Making Civil Societies Work*

PTB 10: *Menschen im Wandel*

PTB 11: *Castro und kein Ende*

PTB 12: *Die Babelsberger Diplomatenschule*

Potsdamer Textbücher

PTB

Erhard Crome (Hrsg.)

*Die Babelsberger
Diplomatenschule*

*Das Institut für
Internationale Beziehungen der DDR*

WeltTrends



*Bestellungen unter
www.welttrends.de und
verlag@welttrends.de*

www.welttrends.de

Das Papier fragt nach den (geopolitischen) Interessen der verschiedenen Akteure, um die bisherige Politik realpolitisch auszuleuchten, die Krisenherde in Pakistan darzustellen und zukünftige (Lösungs-) Szenarien zu entwickeln. Im Zentrum steht die Fragestellung, warum das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet als Wurzel des islamistischen Terrors gilt. Mit Hilfe einer geostrategischen Analyse der Landesstruktur erfolgt die Vorstellung der verschiedenen Akteursnetzwerke, die in Pakistan ursächlich für die Etablierung des islamistischen Terrors sind. In einem für die pakistanische Zukunft skeptischen Fazit werden Lösungsansätze für die Hauptkonfliktlinien vorgeschlagen, um die geostrategische Mittellage Pakistans zu stabilisieren.

Welt  Trends

ISSN 1864-0656
ISBN 978-3-940793-82-9